

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

44 (2.6.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 44.

Karlsruhe, Mittwoch den 2. Juni

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Der Vereinigte Landtag in Berlin hat, nach kurzer Unterbrechung während der Pfingsttage, seine Arbeiten wieder begonnen und fördert dieselben mit großem Fleiße. Der unermüdlche Abg. v. Vinke ist in Folge zu großer Anstrengung erkrankt und wird sich vermuthlich noch einige Zeit der Theilnahme an den Sitzungen enthalten müssen. Die Meinung, daß eine den Rechten und Interessen des Volkes günstige Mehrheit sich immer mehr herabzubilden und befestigen, bestätigt sich durch die Verhandlungen und Beschlüsse, und wurde seit her nur durch einen Vorfall getrübt, durch den Ausspruch der zweiten Curie gegen die Zulassung des Grafen v. Reichenbach. Von seinen Standesgenossen ordnungsmäßig gewählt, war Graf v. Reichenbach in eine Untersuchung wegen Verbreitung verbotener Schriften verwickelt, aber von der Ritterschaft seines Kreises einstimmig für unbescholten erklärt worden. Sein Gesuch um Zulassung ward dessen ungeachtet von der Curie verworfen, auch nicht einmal sein Stellvertreter als Nachfolger anerkannt, sondern die angeordnete neue Wahl für gültig erklärt. Die eigentlichen Gründe zu diesem Beschlusse sind uns noch unbekannt, wir müssen daher mit unserm Urtheil zurückhalten, würden aber keinesfalls das Motiv billigen können, wonach eine Person sammt ihrem Recht geopfert würde, um vielleicht für andere Zwecke eine angenehmere Stimmung in den sogenannten höheren Kreisen zu erhalten.

Bei Gelegenheit der schwachen Verwahrung in der Adresse, wie bei der Declaration der 137 haben wir bemerkt, daß die Geldbewilligungen der Punkt seien, wo es sich zeigen werde, ob es den Ständen mit dem Verlangen nach Gewährung der verheißenen Rechte Ernst sei. Sie haben diesen Ernst gezeigt, als sie den Gesetzentwurf über Staatsgarantie für Rentenbanken darum verwarfen, weil ihnen noch die nöthigen Besugnisse fehlen, um als Reichsstände eine solche Verbindlichkeit für das Volk zu übernehmen. Dies war ein schöner Sieg über die starre Bureaucratie, deren bisher äußerlich gewahrte Unfehlbarkeit durch die Verhandlungen des Landtags stark erschüttert ist. Jene Ablehnung einer Staatsgarantie, wodurch das Schicksal der Anleihe, der Einkommensteuer und der Ausschuswahlten besteuert ist, bedeutet mehr als die Annahme der Declaration der 137, denn sie enthält nicht nur eine Erklärung über Grundsätze, sondern auch den Entschluß, dieselben kräftig durchzuführen. Die Declaration wurde übrigens, obgleich von dem Marschall zurückgewiesen, dennoch zum Verlesen gebracht und dem Protokoll einverleibt.

Die Woche vor Pfingsten war der Berathung von Petitionen gewidmet; darunter eine Petition für Maßregeln zur Milderung des Nothstandes. Die Versammlung sprach sich auf den Antrag der Abtheilung für Vermehrung des Arbeitsverdienstes durch öffentliche Unternehmungen aus, wozu sich auch die

Regierungskommission bereit erklärte, obgleich schon mehrere Millionen Thaler verwendet worden seien. Während der Debatte wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, besonders auch für Unterstützung des Flachsbau, der Handspinnerei u. s. w. — Bei einer andern Petition erklärte sich die Curie für Deffentlichkeit bei allen Gerichtshöfen. Ein Antrag des Abg. Sauke, — bei Ausübung politischer Rechte Niemand nach seinem Glauben zu fragen, führte zu einer längeren Verhandlung, wobei sich die Vorurtheile gegen die Juden geltend machten, über deren Verhältnisse ein besonderer, stark nach dem Mittelalter gefärbter Gesetzentwurf vorliegt. Der Minister Eichhorn verteidigte das christlich germanische Princip und fragte, was denn Viele aus dem Kern des Volkes sagen würden, wenn der erste Vereinigte Landtag ausspräche, es komme bei Ausübung politischer Rechte nicht darauf an, ob Jemand christliche Gesinnungen habe oder nicht. Die Mehrheit sprach sich für die Wahlberechtigung aller christlichen Dissidenten aus.

Die engen Grenzen, welche die Verordnungen vom 3. Febr. dem Petitionsrecht gezogen, wurden nachdrücklich angefochten und thatsächlich erweitert. Die Curie erklärte sich gegen die Bestimmung, welche zur Einreichung von Petitionen einen Termin von vierzehn Tagen festsetzt, so wie gegen jene, wonach auswärtige Verhältnisse nicht in den Kreis der Beratungen gezogen werden sollen. Der Minister des Auswärtigen, Herr v. Canitz, gab zu, daß nicht alle Fragen, welche das Land nicht unmittelbar berühren, ausgeschlossen sein sollen, daß vielmehr der Laft der Versammlung selbst Ungeeignetes vermeiden werde, worauf der Marschall die früher zurückgewiesenen Petitionen wegen Schleswig, Holstein, dem Sundzoll u. s. w. übergab. Später suchte zwar H. v. Canitz seine Erklärung als persönliche Ansicht zu entkräften, allein die Bahn war gebrochen, sie wurde betreten und die Sache erschien den fremden Gesandten so wichtig, daß sie Couriere an ihre Höfe abgehen ließen.

In der Herrencurie war der Antrag des Fürsten Felix Lichnowski auf Revision des Zolltarifs unter Zugiehung von Sachverständigen der wichtigste. Er verlangt erhebliche Erhöhung der Eingangszölle auf Baumwollen- und Leinengarn, Rückzölle für gewebte und gefärbte Stoffe, Differenzialzölle, — kurz, diejenigen Maßregeln zum Schutze deutscher Arbeit, zur Förderung des Handels und der Schifffahrt, welche die Versammlung der Industriellen in Berlin, die Industrievereine in ganz Deutschland, die Regierungen und Kammern der südwestlichen Staaten schon längst verlangt und gegenüber dem Herrn Kühne und den preussischen Finanzmännern begründet haben. H. Kühne erlitt bei der Verhandlung eine entschiedene Niederlage, indem der Antrag, von der

Abtheilung empfohlen, mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Selbst die Prinzen sprachen mit Wärme dafür. Prinz Friedrich löste sein Wort, welches er vor zwei Jahren den rheinischen Industriellen gegeben, der Prinz von Preußen und Prinz Adalbert erklärten sich entschieden für Schutz der notorisch leidenden Industriezweige, für Differenzialzölle als ein Mittel, günstige Handelsverträge mit überseeischen Ländern zu erzielen, Deutschland den gebührenden Antheil an dem Welt-handel zu verschaffen und die noch außerhalb des Zollvereins stehenden deutschen Staaten zum Beitritt zu veranlassen. In dem Beschlusse ist auch der Wunsch auf außerordentliche Einberufung einer Zollconferenz niedergelegt. An der Zustimmung der zweiten Curie zu diesem Beschlusse ist wohl eben so wenig zu zweifeln, als an seinem Erfolge, und wir werden dann nebst der freudigen Hoffnung auf großartige Entfaltung der Nationalkraft auch die Erscheinung erleben, daß die englische Times ihr bisheriges Loblied auf Preußen plötzlich umstimmen wird. In der zweiten Curie war gleichzeitig in einer lebhaften Verhandlung nachgewiesen worden, welche ungeheure Verluste der Handel und die Industrie Schlesiens durch die Einverleibung Krakaus und die rheinische Industrie durch die verkehrte Politik gegen Spanien erlitten habe. Dem Minister des Auswärtigen gelang es nicht, das Verfahren der Regierung zu rechtfertigen. Nach dem Wiederzusammentritt des Landtags nach Pfingsten kam in der zweiten Curie ein Antrag des Abgeordneten von der Heydt zur Berathung, daß der Hauptfinanzetat und die Uebersicht der Finanzverwaltung zur Vorbereitung der Information für den Vereinigten Landtag an eine Abtheilung gewiesen werden sollen. Dies ist der Weg, der zur Prüfung der Staatsrechnungen und zur Berathung und Schlussfassung über das Budget führt. Die Regierungskommission erklärte die Bereitwilligkeit zur öffentlichen Darlegung des Staatshaushalts, bestritt aber die Möglichkeit, bei einem so umfassenden Haushalt in alles Einzelne einzugehen, bis der Abg. Hansemann durch Vorzeigung des französischen, belgischen und dänischen Budgets die Möglichkeit verwirklicht vor Augen stellte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Mannheimer Gewerbevereins-Blatt vom 27. Mai äußert sich ein Gewerbsmann über den Druck, welcher auf dem gewerblichen Mittelstande lastet. Der Verfasser bemerkt, wie der Stand der Gewerbsleute, bisher der eigentliche Mittelstand in Deutschland, nur noch durch ein gewisses Selbstgefühl getragen werde, das ihn zu Anstrengungen und Ausdauer ermuntert, obgleich es ihm kaum mehr möglich wird, durch seiner Hände Arbeit eine Familie anständig zu ernähren. Es wird sodann auf einige Uebelstände aufmerksam gemacht, welche die Gewerbsleute selbst zu beseitigen haben, um dem Druck der Zeit wenigstens einigermaßen zu begegnen und einer bessern Zukunft den Weg zu bahnen. „Sie müssen, — heißt es — vor allem ihr eigenes Interesse wahren lernen, sie müssen einsehen lernen, daß es nicht durch gegenseitigen Haß, durch Brodneid und Verfolgungssucht gewahrt wird, sondern durch gegenseitige Offenheit, Liebe, Wohlwollen und Einigkeit; sie müssen erkennen, daß, so lange unter ihnen immer Einer ein Aug darun gäbe, wenn der Andere keines hätte, an eine Besserung ihres Zustandes gar nicht zu denken ist.“ Dieser Gedanke wird in dem Aufsätze durch einige Bei-

spiele anschaulich gemacht, in einer Anmerkung der Redaction aber weiter ausgeführt. Hr. Schröder, Director der höheren Bürgerschule, dessen Thätigkeit bei dem Gewerbevereine allgemeine Anerkennung verdient und findet, wirft in der Anmerkung zunächst einen Blick auf die Aenderungen im Gewerbebetrieb, welche unsere Zeit mit sich bringt, und wobei die Gesetzgebung berufen ist, den Uebergang dem Einzelnen möglich zu machen und zu erleichtern. Die ausgedehntere Anwendung vollkommenerer Werkzeuge (Gewerbsmaschinen) und die fortschreitende Theilung der Arbeit bringen es mit sich, daß der Gewerbsmann in vielen Geschäften weniger Verschiedenartiges arbeiten, Gleichartiges dagegen in größerer Menge, billiger und besser erzeugen muß, als bisher, und um das in größerer Menge und auf rationellere Weise erzeugte Gleichartige abzusetzen, für einen größeren Markt arbeiten, also mit seinem Erzeugniß Handel treiben muß. In dieser Aenderung, wonach in vielen Zweigen die Gewerbsmeister im alten Sinne kleine Fabrikanten oder Gewerbsmeister im neuen Sinne werden müssen, sieht Hr. Schröder kein Unglück, sondern einen Fortschritt, dessen vorübergehende Einwirkungen von verständigen und tüchtigen Gewerbsmännern überwunden werden. Dagegen erkennt er einen beklagenswerthen Druck der Zeit in dem Mißverhältniß des Werthes von Kapital und Arbeit, wonach neben dem wahren Nationalvermögen, bestehend in den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie (im weitesten Sinne, Werke der Kunst und Wissenschaft einbegriffen), noch eine Masse von eingebildetem Vermögen, dargestellt durch Papier (Staatsschuldpapiere, Actien u. dgl.) aus dem Nationaleinkommen zu verzinsen ist, also den Besitzern der Papiere zufällt und der Arbeit entgeht. Wir sind der Meinung, daß man hier zwischen den Schuldurkunden und Werthzeichen, die durch Ausgaben für den Krieg oder andere unproductive Verwendungen geschaffen worden sind und zwischen solchen unterscheiden müsse, die nützlichen Unternehmungen (Kanälen, Eisenbahnen, großen Handels- und Gewerbsunternehmungen) ihre Entstehung verdanken. Die Papiere der letzteren Art vertreten nicht eingebildetes, sondern ein wirkliches Vermögen, und sind auch nicht unbedingt gegen Verlust der Rente geschützt. Wir glauben ferner, daß der Gewerbebetrieb die verbesserten und erweiterten Hilfsmittel des Credits eben so für sich benutzen soll, wie sie bisher vom Staate und von Gesellschaften benutzt werden; auch dringt man immer mehr auf Errichtung von Gewerbe- und Arbeiterbanken, und auf Erweiterung anderer, bestehender Anstalten, welche durch vereinigte Kräfte und gemeinsames Wirken den Einzelnen vor unverschuldeter Noth schützen und in den Stand setzen, durch Fleiß und Geschicklichkeit seine Lage zu verbessern. Wir sind übrigens mit Hrn. Schröder darin einverstanden, daß die Herstellung eines gleichmäßigen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht dadurch zu erzielen sei, daß die Früchte beider gleich unsicher, sondern daß sie gleich sicher werden. Das Kapital gibt die Mittel, um die Arbeit zu belohnen; wer jenes zu zerstören oder zu vertreiben sucht, der zieht mittelbar gegen diese zu Felde. Was Hr. Schröder weiter sagt, scheint uns so beherzigenswerth, daß wir es wörtlich folgen lassen.

Eine dritte Hauptquelle des Drucks, der auf der Arbeit lastet (nach der besprochenen Aenderung im Gewerbebetriebe und dem Mißverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit) ist die in allen Ständen mehr als sonst verbreitete Genußsucht.

Sie ist ein Vorwurf, der nicht nur den Gewerbestand allein, sondern mehr oder weniger die öffentliche Sitte im Allgemeinen trifft. Um all die unmäßigen Gemüthe von Tausenden zu befriedigen, die durch ihre Unmäßigkeit oder ihren Lurus nicht an wahrem Lebensglück gewinnen, wohl aber an Gesundheit und Seelenfrieden verlieren, um all die Mittel und Stoffe, die Kunstproducte und landwirthschaftlichen Erzeugnisse herbeizuschaffen, welche zu dieser Befriedigung verbraucht werden, muß nicht nur der arbeitende Theil der Bevölkerung in fast allen Ständen mehr arbeiten, als dem Menschen zuträglich ist, sich über das Maß anstrengen, sondern es bleibt wegen übermäßigen Verbrauchs von Erzeugnissen des Lebensunterhaltes und Lebensgenusses bei einem Theile der Bevölkerung für den andern Theil, und zwar gerade für den arbeitenden, ein zu geringes Maß übrig. Die einzige wahre Hülfe, die es hiergegen gibt, kann nur von einer geläuterten öffentlichen Sitte und Moral ausgehen. Hier muß die wohlhabende Klasse der Bevölkerung den ersten Anstoß geben; sie muß mit dem Beispiel der Mäßigkeit vorangehen, dann zieht dieselbe auch wieder bei den minderbegüterten Ständen ein. Es muß dahin kommen, daß jede Art von Unmäßigkeit bei dem gebildeten und gestitteten Theile der Bevölkerung verachtet und als eine Schande betrachtet wird. Im gegenwärtigen Augenblicke ist die öffentliche Sitte von diesem Ziele noch weit entfernt, aber die Gewalt der Umstände wird sie demselben mit raschen Schritten entgegenführen.

Aber noch eine vierte Hauptquelle des Druckes gibt es, unter welchem der Gewerbestand leidet, und diese Quelle hat unser Verfasser des obigen Schreibens so richtig und so wahr bezeichnet, daß nichts hinzuzufügen ist. Diese Quelle ist der Brodneid und alles was damit zusammenhängt. Unsere heutigen Zünfte sind nicht mehr Genossenschaften, die im Krieg und Frieden, in Leid und Freud zusammenstehen, und die Bürgerehre jedes einzelnen Genossen schützen, sie sind nur noch Anstalten gegenseitiger Schikane: der Brodneid führt den Vorst, Haß, Zwietracht, Heimlichkeit, Täuschung, Schadenfreude sind die Räte des Collegiums — und das Resultat dieses hohen Rathes ist mit Nothwendigkeit nichts Anderes als der materielle und moralische Ruin von hunderten von Gewerbsleuten, die ohne den Geist dieses Collegiums zufriedene und glückliche Menschen hätten werden können. An die Stelle dieses sauberen Collegiums Offenheit, Gemeinschaft in Freud und Leid, gegenseitige Schonung und Warnung, Liebe und Treue in den Rath zu bringen, wird schwerlich bei der jetzigen Generation g a n z g e l i n g e n , aber theilweise kann und wird es d o c h g e l i n g e n .“

Die Klagen der badischen Auswanderer in No. 37 und unsere Vertheidigung gegen eine Erwiderung von Mainz in No. 41 dieses Blattes werden durch eine Bekanntmachung des kön. bayerischen Consuls in Havre in der „Allgemeinen Zeitung“ bestätigt. Derselbe warnt nämlich die Auswanderer, Verträge für die mit dem ungeeigneten Namen „Reserven der Postschiffe“ belegten, oft sehr spät aus Havre absegelnden Schiffe des Herrn Washington Finlay. Außer dem scheint die Preiserhöhung in Folge des amerikanischen Gesetzes ihre Grenze erreicht zu haben, weil viele Kauffahrer

mit Getreide aus Amerika ankommen, welche Auswanderer zu billigen Preisen mitnehmen.

In Nr. 41. dieses Blattes ist eine Beschwerde der Gemeindebehörde zu W. wegen verletzender Behandlung von Seiten des Amtes erwähnt und die Bemerkung beigelegt, daß die zu erwartende Entschließung des Gr. Ministeriums des Innern seiner Zeit ebenfalls mitgetheilt werden würde. Inzwischen ist uns ein Erlaß der Gr. Regierung des Unterheinkreises vom 13. April d. J. zu Gesicht gekommen, worin dem Amtsrevisorat zu W. bezüglich auf sein Verhalten bei Gebühren-Decretur (s. Nr. 41. d. Bl.) eröffnet wird: „Die Sprache der öffentlichen Behörden soll in allen ihren Erlassen eine ruhige und würdige sein; sie darf auch nicht den Schein einer Leidenschaftlichkeit erregen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, findet man die vom Amtsrevisorat bei Prüfung einiger Kostenzettel des Gemeinderaths von W. gemachten, in der Beschwerdevorstellung vom 22. Februar l. J. hervorgehobenen Aeußerungen unangemessen, wiewohl man anerkennt, daß einige Entschuldigung für dasselbe darin liegt, daß das Gutachten des Amtsrevisorats zur Mittheilung an den Gemeinderath weder bestimmt, noch überhaupt geeignet war, was man auch dem dortigen Bezirksamt bemerken wird.“ — Es ist uns angenehm, diesen Erlaß mittheilen zu können, von dessen Dasein die Beschwerdeführer, wie es scheint, keine Kenntniß erhalten hatten.

#### Verschiedenes.

— Der amerikanische Schiffleutenant Hunter, Befehlshaber des Dampfschiffes Scourge von drei Kanonen, hat nach zwei Schüssen die mexikanische Seestadt Alvarado eingenommen. Er ließ sie von acht Mann und zwei Officieren besetzen und fuhr mit seinem Schiff den Fluß hinauf, um die mexikanische Besatzung zu verfolgen, wobei er vier mit Munition beladene Goeletten wegnahm. Als der Commodore Conner mit einer starken Schiffsabtheilung nachkam und die Arbeit schon gethan fand, ließ er den Lieutenant Hunter in Arrest setzen. Derselbe wird sich vor einem Kriegsgericht gegen die Anklage zu verantworten haben, daß er seine Instructionen überschritten und ohne höheren Befehl den Feind besieg habe.

— Fabrikant Weigle in Ludwigsburg hat einen Aufruf an die Damen erlassen, den neuen halbleinenen Stoff zu Frauenkleidern, den die Franzosen unter dem Namen Toile du Nord feilbieten, vorzugsweise dann zu kaufen, wenn er durch die jetzt arbeitslosen, hungernden Weber in Lur, Hütteln und andern dürftigen Gemeinden gefertigt, ihnen eben so gut, eben so elegant und vielleicht noch wohlfeiler geliefert wird.

— In Bayern sollen sämtliche Lehrer an lateinischen Schulen und Gymnasien, welche die vorgeschriebene Prüfung noch nicht gemacht haben, dieselbe nachholen. Dies betrifft wohl nur die Klostergeistlichen. Mit der bisherigen Leitung von Unterrichtsanstalten durch den Benedictinerorden soll es auch anders werden.

— Die Aufnahme der Lebensmittel im Großherzogthum Hessen hat 504,210 Malter Getreide und 691,496 Malter Kartoffel ergeben.

— In Neuchâtel müssen bis Ende Mai alle Tauben im Lande eingesperrt werden (den ausländischen ist der Ein-

flug über die Grenze verboten?) und das Knochensammeln auf den Feldern ist bei angemessener Leibesstrafe untersagt.

— Im mittelländischen Meere (unweit den Balearen) ist ein amerikanischer Kauffahrer von einem merikanischen Kaper genommen worden, der seine Prise nach Barcelona brachte. Auf Verlangen des amerikanischen Consuls dürfen beide Schiffe den Hafen nicht verlassen, bis weitere Verfügung von Madrid eintrifft.

— Die französische Kammer hat den Antrag des Deputirten Grémieux, daß kein Mitglied beider Kammern sich bei der Verwaltung industrieller Unternehmungen, namentlich der Eisenbahnen, solle betheiligen dürfen, für erheblich erklärt.

— Die türkische Regierung steht im Begriff, sämtliche griechische Consulen außer Thätigkeit zu setzen, die griechische Flagge nicht mehr anzuerkennen, die Schiffahrt, Handel und Gewerbe der Griechen zu hemmen und ihnen selbst den Ankauf von Schiffbauholz zu verbieten.

— In Bremen ist auf preussische Reclamationen die Censur verschärft, dem Wig- und Carrikaturenblatt „Nephtopheles“ die Concession entzogen und der Herausgeber Marr zu einem Monat Gefängniß und 150 Mark Geldbuße verurtheilt worden.

— Aus Bayern und Württemberg wandern jetzt viele Familien nach Siebenbürgen und Ungarn; die österreichische Regierung soll damit beschäftigt sein, gesetzliche Bestimmungen

zu treffen, um den deutschen Einwanderern Schutz und Sicherheit zu gewähren; für die Auswanderer nach Siebenbürgen seien schon provisorische Vorkehrungen getroffen.

— Am 3. Mai wurde die Rewa vom Eise frei und die Schiffahrt wieder offen, die mit dem Transport von Getreide genug zu thun haben wird.

— Der Papst soll angeordnet haben, das Budget zu veröffentlichen und die Klostergeistlichkeit soll dem Staate ein großes Anlehen zu niederem Zins angeboten haben.

— Das sächsische Finanzministerium hat angeordnet, daß die Gewerbs- und Personalsteuer von denen, die nicht über einen Thaler zu zahlen haben und in bedrängten Verhältnissen leben, im nächsten Termin nicht erhoben werden soll.

— In der nassauischen Kammer hat der Abg. Jais den Antrag gestellt: die Versammlung möge bei der Regierung darauf antragen: 1) daß das Preßgesetz vom 4.5. Mai 1814 wieder in Wirksamkeit trete; 2) sich bei dem Bundestage zu verwenden, daß die Bundesbeschlüsse vom 20. Sept. 1819 und 26. August 1824 in Betreff einer provisorisch eingeführten Censur aufgehoben und die im Art. 18 vorbehaltenen Verfügungen über Preßfreiheit durch ein allgemeines Preßgesetz in Ausführung gebracht und 3) diese Verfügungen im Geiste unseres Gesetzes erlassen werden mögen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.

## Entgegnung \*).

In Nr. 59 der „Seeblätter“ vom 18. Mai greift ein namenloser Freund hoher Brodpreise uns und die Maßregeln, welche wir im Auftrage des Gemeinderaths und engeren Bürgerausschusses ergriffen, um einem weiteren Steigen der Brodpreise auf hiesigem Platz entgegen zu treten, aufs heftigste an.

Gleich edel, wie sein Zweck, sind seine Mittel, — sie bestehen in Unwahrheit, Entstellung und selbst Verläumdung. Daß wir uns mit einem solchen Gegner in keine detaillirte Erörterung einlassen, wird Jedermann billigen, — der Namenlose erwartet es gewiß selbst nicht.

Beklagen müssen wir aber, daß sich hier eine Stirne finden soll, welche Angesichts einer ganzen Bürgerschaft, die durch ihren großen Ausschuss die von uns getroffenen Maßregeln vollständig gebilligt und adoptirt hat, — Angesichts der großh. Behörden, deren volle Zustimmung zu unsern Maßnahmen wir gleichfalls erhalten, es wagen mag, mit solchem Gewebe von Unwahrheiten und Entstellungen öffentlich aufzutreten; — beklagen müssen wir endlich ein Blatt, dessen Korrespondenten es passend finden, seine Spalten mit solchem unehrenhaften Geklatsch anzufüllen.

Karlsruhe, 21. Mai 1847.

Die vom Gemeinderath und engern Ausschuss erwählte Commission:

L. Baug. Gerwig. Knittel. Kufel, Dr. Manning. Marbe. Rägele. Fr. Rupp. H. Bierordt.

\*) Obige „Entgegnung“ wurde an die „Seeblätter“ eingesandt zur Aufnahme unter die Anzeigen gegen die übliche Insertionsgebühr. Die Redaction der Seeblätter hat jedoch — wahrscheinlich zum Zeugniß ihrer Unparteilichkeit — die Aufnahme verweigert, indem sie in ihrer Nummer vom 25. d. M. unter der Aufschrift: „Briefkasten“ folgende Notiz darüber gibt:

„Die dem Artikel in Nr. 59 dieser Blätter gewidmete Entgegnung einer Commission des Gemeinderaths und engeren Bürgerausschusses zu Karlsruhe kann keine Aufnahme finden, da sie statt irgend jeder Berichtigung der angeführten Thatsachen lediglich auf unbegründete Ausfälle gegen den Verfasser jenes Artikels und allgemeine Schimpfreden sich beschränkt.“

Red. d. Seebl.“

Wir haben dieser Weigerung sammt Notiz nichts beizufügen, als daß in dem Artikel der Seeblätter unter Anderem die Verordnung des Gemeinderaths „ein Denkschein des schmutzigsten Partikularegoismus“ genannt war. Ob die obige Entgegnung „unbegründete Ausfälle“ und „allgemeine Schimpfreden“ enthält, darüber möge das Publikum richten.